Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie Ver- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.,
für Inserate von auswärts 30 Pf.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: **Augustusplatz 8,** bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10
(Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34

Nr. 16. **Mittwoch** 16. Januar 1907. **101. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Es wird offiziös dementiert, daß die Kaiserin einen Sommeraufenthalt im englischen Seebad Felixstowe nehmen werde. (S. Dtschs. Reich.)

* Das amtliche Organ der sächsischen Regierung, das Dresdner Journal, bringt eine Erklärung über den Stand der Wahlrechtsreform für die Zweite Kammer. (S. Artikel.)

* Im amtlichen Teil dieser Nummer werden für die Wahlkreise Leipzig-Stadt und -Land die Wahllokale für die Reichstagswahl bekannt gegeben.

* Am heutigen Tage findet in Gnesen die Wahl für die Vorschlagsliste zur Besetzung des erzbischöflichen Stuhles in Posen statt. (S. Dtschs. R.)

* Die „Nordd. Allg. Zeitung" bringt einen Artikel „Zur Klarstellung" über die militärischen Verhältnisse in Südwestafrika. (S. Artikel.)

* In Hannover wurde gestern der bisherige welfische Reichstagsabgeordnete Freiherr von Hodenberg wegen Beleidigung zu 300 ℳ Geldstrafe verurteilt, weil er die Wahrung des Briefgeheimnisses durch die Postbeamten angezweifelt hatte.

* Alle Versuche, den an der Togoküste gestrandeten Dampfer „Lucie Woermann" abzubringen, sind bisher gescheitert. (S. Neues a. a. W.)

* In der französischen Kammer wurde ein Gelbbuch über Abessinien ausgegeben. (S. Ausl.)

* Der „Matin" hetzt trotz der vollzogenen Grenz-Regulierung in Kamerun gegen angebliche deutsche Aneignungen. (S. Ausl.)

* Die Stadt Kingston (Jamaica) ist durch ein Erdbeben vollständig zerstört worden. (S. Letzte Dep.)

Eine Erklärung der sächsischen Regierung.

Wie wir schon kurz unter den letzten Telegrammen der Abendausgabe unseres Blattes mitteilten, hat das amtliche „Dresdner Journal" eine Erklärung zur sächsischen Wahlrechtsreform für die Zweite Kammer abgegeben, die wir hier in vollem Wortlaut folgen lassen:

Die „Deutsche Tageszeitung" hatte sich aus Dresden schreiben lassen: „Es steht nunmehr fest, daß sich der nächste Landtag, der voraussichtlich in den ersten Oktobertagen zusammentreten soll, mit der Wahlrechtsänderung befassen wird. Der betreffende Entwurf soll fast vollendet sein. Wir fürchten, daß die Regierung sich mit der Aenderung zwischen zwei Stühle setzen wird. Ist der neue Entwurf verständig und entspricht er den Grundsätzen der Staatserhaltung und einer organischen Fortentwicklung, so werden die Sozialdemokraten und ihre Bundesgenossen nur noch größeres Geschrei erheben. Geht er in seinen Zugeständnissen aber zu weit, so dürfte er kaum eine Mehrheit in den beiden Kammern finden."

Die „Dresdner Nachrichten" haben diese Notiz in ihrer Sonntagsnummer wiedergegeben und daran folgende Bemerkungen geknüpft: „Es ist nicht recht verständlich, wozu die Frage der Aenderung des Landtagswahlrechts jetzt inmitten der Reichstagswahlbewegung aufs neue angeschnitten wird durch Aeußerungen, mit denen niemand etwas Rechtes anfangen kann. Unseren Informationen zufolge ist der Entwurf keineswegs „fast vollendet". Fest steht nur zweierlei: einmal, daß die Reformbedürftigkeit des jetzt bestehenden Wahlgesetzes von allen beteiligten Faktoren, Regierung und allen Parteien anerkannt ist, und zum anderen, daß Minister Graf Hohenthal bereits vor Uebernahme seines Amtes erklärt hat, sich über die Grundlagen eines neuen Wahlgesetzes klar zu sein. Niemand wird aber über die Schwierigkeiten im Zweifel sein, die es noch zu überwinden gilt, wenn man, selbst unter jenen Voraussetzungen, zur Fassung eines Gesetzes gelangen will, dessen Wirkungen voll und ganz zu übersehen sind. Diese Wirkungen werden aber übereinstimmend von der Regierung und allen Ordnungsparteien in erster Linie aus dem Gesichtspunkt ermessen, daß eine Ueberflutung des Landtages mit sozialdemokratischen Elementen, wie sie unter dem früheren Landtagswahlrecht unaufhaltsam war, ausgeschlossen ist."

Angesichts dieser Preßäußerungen haben wir an maßgebender Stelle Erkundigung eingezogen und können auf Grund zuverlässigster Informationen feststellen, daß ein Entwurf des neuen Wahlgesetzes für die Zweite Kammer der Ständeversammlung in der Tat bereits vorliegt und in seinen wesentlichen Grundlagen auch im Schoße der Regierung Annahme gefunden hat. Der Minister des Innern Graf v. Hohenthal und Bergen hält an der von ihm wiederholt ausgesprochenen Absicht unbedingt fest, den Entwurf des neuen Wahlgesetzes dem Landtage sobald als möglich, d. h. sogleich bei dessen im Herbste zu erwartendem Zusammentritt, zur Beschlußfassung vorzulegen.

Offiziell werden also als Veranlassung zu dieser Kundgebung, wie man sieht, die Aeußerung der „Dtsch. Tagesztg." und die daran geknüpften Bemerkungen der „Dresdner Nachrichten" angegeben, aber die tieferen Gründe liegen anderswo. In Kreisen, die über die Stimmung der für die Kundgebung der Regierung verantwortlichen Staatsmänner unterrichtet sind, macht man kein Hehl daraus, daß die unmittelbare Ursache des Manifestes in der Tatsache zu suchen ist, daß besonders für die mehr rechtsstehenden nationalen Reichstagskandidaten die unheilvolle Geschichte der sächsischen Verfassung im letzten Jahrzehnt im schlimmsten Sinne des Wortes ein Klotz am Bein war. Tagtäglich wurde in den Versammlungen, in denen sich an den Vortrag eine Diskussion stellte, an den konservativen oder nationalliberalen Redner die Frage gerichtet: „Wie stellen Sie sich zum allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrecht?", und wenn er dann die Erklärung abgab, daß er „voll und ganz" auf dem Boden dieses Wahlrechts stehe, so konnte man mit tödlicher Gewißheit darauf rechnen, daß die Gegenfrage kam: „Warum ist das Wahlunrecht von 1896 noch immer nicht wieder gut gemacht?"

Mit diesem Frage- und Antwortspiel hatten die reichsfeindlichen Parteien den schönsten Trumpf in Händen, den sie sich nur wünschen konnten; er wurde nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von Zentrumsrednern immer wieder ausgespielt und übte immer wieder von neuem eine Wirkung auf die Massen aus. Jetzt kann unmöglich noch weiter behauptet werden, die Regierung lasse die Wahlrechtsfrage verschlafen. Sie hat in ihr einen entscheidenden Schritt getan. Sie hat sich endlich zu der lange geforderten Tat aufgerafft. Und selbst wenn der Inhalt der Vorlage noch nicht bekannt ist, so haben wir doch guten Grund zu der Annahme, daß diese Vorlage, die die Aera Hohenthal in der sächsischen Politik einleitet, von einem moderneren und liberaleren Geiste getragen sein wird.

Die Internationalität der Sozialdemokratie.

In ruhigen Zeiten, wenn keine Wahlen unbequeme Rücksichten auferlegen, macht die Sozialdemokratie sich nichts draus, als international angesprochen zu werden. Sie ist im Gegenteil stolz darauf und betreibt eifrig die Einbürgerung des Begriffes in die Vorstellungskreise der Genossen. Nicht immer mit Glück, wie gelegentlich ein eifriges Parteimitglied bekundete, das begeistert von der roten „Internationale" sprach und sich darunter jedenfalls etwas ganz Eigenartiges vorstellte. Anders liegen die Dinge in Wahlzeiten. Jetzt zum Beispiel sind die Scholastiker der Partei stark damit beschäftigt, dem Begriff der politischen Internationalität den unangenehmen Beigeschmack fortzudisputieren. Die Sozialdemokratie ist klug genug, um mit den natürlichen politischen Instinkten der Masse zu rechnen. Sie weiß auch genau, daß politische Internationalität den durch Rasse und staatliche Organisation zu einem Volke vereinigten Bürgern immer pervers erscheinen wird. Daher die jetzt unternommenen Versuche, die Internationalität als eine recht harmlose Eigenschaft darzustellen und ähnliche Sünden an anderen Institutionen oder Volksschichten zu entdecken. Was ist so schlimm an unserer Internationalität? fragt die Sozialdemokratie. Auch Religionen, Kapital, Verkehr, ja manche Fürstenfamilien sind international, ohne daß man sie deshalb schmäht. Auf diese Einwendungen soll hier geantwortet werden.

Es ist richtig, auch manche Religionen sind international. Besonders der Katholizismus ist es. Aber die Sozialdemokratie kann doch unmöglich den Vorwurf erheben wollen, daß das deutsche Volk gleichgültig an den bedenklichen Folgeerscheinungen dieser Internationalität vorübergegangen sei. Der Kampf gegen den Ultramontanismus ist doch der wichtigste Zweck dieser Reichstagswahlen. Und wenn es der Sozialdemokratie Spaß macht, so soll ihr ausdrücklich attestiert werden, daß ihre Internationalität im Ultramontanismus ein gleichermaßen verwerfliches Pendant hat. Wir haben jedenfalls nie einen Zweifel darüber gelassen, daß uns die Behandlung deutscher politischer Angelegenheiten nach den Instruktionen einer fremden Macht ebenso gefährlich und schändlich dünkt wie die Internationalität der Sozialdemokratie. Im übrigen mag aber auch betont werden, daß völkerumfassende Religionsbekenntnisse wegen der Internationalität an sich noch durchaus nicht zu verurteilen sind. Erst die politische Ausnutzung der religiösen Internationalität schafft die Vergleichsmomente mit der Sozialdemokratie. So haben es der Protestantismus, die reformierte Kirche stets verschmäht, aus fremdländischen religiösen Rücksichten in das politische Getriebe des eigenen Landes einzugreifen. Wie weit die anderartige Organisation dieser Bekenntnisse daran beteiligt ist, kann hier nicht untersucht werden. Tatsache ist jedenfalls der Mangel an politischer Internationalität bei ihnen.

Das Kapital soll gleichfalls international sein. Das ist in der Allgemeinheit zwar nicht zutreffend. Aber niemand wird bestreiten wollen, daß Kapitalien internationalen Charakter haben können. Das ist immer so gewesen, so lange ein Verkehr von Volk zu Volk stattgefunden hat, also seit undenklichen Zeiten. Und in unserem Zeitalter des Verkehrs ist die Internationalisierung des Kapitals natürlich rapid vorgeschritten. Aber was soll hieran an sich anstößig sein? Warum soll ein guter Deutscher nicht in Frankreich sein Geld anlegen dürfen? Wenn er nur gut deutsch bleibt. Das ist das Kriterium. Es soll gar nicht bestritten werden, daß für mammonistische Schwächlinge auch aus solcher Situation Gefahren und Versuchungen entstehen können. Manch einer ist auch schon solchen Versuchungen erlegen. Und wenn zum Beispiel, was vorgekommen sein soll, das Kapital eines Landes in Kriegszeiten sich dem Gegner zur Verfügung stellt, so ist kein Ausdruck scharf genug, um solches Gebaren richtig zu kennzeichnen.

Ueber die Internationalität des Verkehrs ein Wort zu verlieren, ist wohl nicht nötig. Der Vergleich hinkt denn doch zu sehr. Und wenn die Sozialdemokratie in der Internationalität mancher fürstlichen oder standesherrlichen Familie ein Unding sieht, wenn sie es verurteilt, daß noch heute manch hoher Herr zu gleicher Zeit in Böhmen und in Bayern gesetzgebenden Körperschaften angehört, so wird sie uns ganz auf ihrer Seite finden. Auch den Bezug fremdländischer Herrscher geben wir mit Vergnügen als eine üble Rückständigkeit aus der Zeit der Kleinstaaterei preis. Die Sozialdemokratie sieht also, daß wir es durchaus verschmähen, nur ihre eigene Internationalität zu verurteilen.

Doch muß leider gesagt werden, daß bei keiner anderen Partei oder Institution die Folgeerscheinungen der Internationalität so bösartige und so schamlos zu Tage getreten sind, wie bei der Sozialdemokratie. Denn allein bei ihr ist das Prinzip des Weltbürgertums, der Vernachlässigung nationaler Rücksichten, bis zur absichtlichen Schädigung und Beschimpfung der Nationalität gediehen. Es hat seit Gründung des Deutschen Reiches keinen Konflikt des Vaterlandes mit anderen Mächten oder Völkerschaften gegeben, bei dem die Sozialdemokratie sich nicht auf die Seite unserer Gegner gestellt habe. Die Sozialdemokratie hat nicht nur die Boxer verherrlicht und die Herero als Unschuldslämmer abgemalt, sie hat auch noch jedesmal die deutschen Truppen beschimpft und alles getan, um sie in den Augen des Volkes als niedrige oder dumme Kreaturen erscheinen zu lassen. So faßt die Sozialdemokratie ihre internationalen Ideale auf. Das kann jeden Augenblick aus Hunderten von Zeitungsartikeln und Reichstagsreden belegt werden.

Aber die Genossen bestreiten das ja sonst auch gar nicht. Nur gerade jetzt, bei einem Wahlkampf unter nationaler Parole, ist ihnen ihre Internationalität hinderlich. Und deshalb stellen sie naive Vergleiche mit anderen internationalen Erscheinungen an.

Diese Scheu der Sozialdemokratie vor ihren eigenen Grundsätzen in Wahlzeiten will uns von glücklicher Vorbedeutung erscheinen. Sie zeugt von der tiefinnerlichen nationalen Gesundheit des Volkes. Sie läßt die Hoffnung aufkommen, daß an diesen natürlichen Volksinstinkten sich doch noch die sozialdemokratische Sintflut bricht, daß dieses sinnlose Wüten im eigenen Fleisch den Genossen selbst zumutet werden wird. An dem Tage, an dem die Sozialdemokratie ihre Internationalität überwunden und sich zu den natürlichen Pflichten gegen die Nation bekannt haben wird, muß für Deutschland eine neue Epoche beginnen, an der nicht zum mindesten die Sozialdemokratie selbst bestimmenden Anteil nehmen kann, während sie heute trotz ihrer Stärke ihren Anhängern auch nicht ein arbeiterfreundliches Gesetz als ihr Werk zeigen kann.

Bis dahin freilich muß wider die internationale Partei aufs schärfste bekämpft werden. Wenn also Herr Lange versucht hat, den Leipziger Wählern den Begriff der Internationalität durch allerhand redneriche Sprünge schmackhaft zu machen — so widerlegen ihn die Tatsachen. Der internationale Charakter seiner Partei mit seinen die Ehre, die Macht, das Ansehen des Vaterlandes schädigenden Folgen — haftet auch an ihm, der sich zu dieser Partei bekennt, mit ihrer Internationalität.

Darum ist es eine nationale Pflicht, seine Kandidatur auf das schärfste zu bekämpfen, wie in anderen Wahlkreisen die seiner Parteigenossen!

Zur Klarstellung.

Die Truppenstärke in Südwestafrika.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Daß in dem jetzt herrschenden Wahlkampf die regierungsfeindlichen Parteien ihren Standpunkt gegenüber den Forderungen für Südwestafrika vor dem Volke zu rechtfertigen suchen, ist erklärlich. Da aber dabei vielfach die Tatsachen entstellt und verdunkelt, die Begriffe verwirrt werden, so soll dem gegenüber hier nochmals vom streng sachlichen und militärischen Gesichtspunkte aus der Kernpunkt der Frage und der Verlauf ihrer Behandlung klargelegt werden.

Alle kolonialen und militärischen Sachverständigen

sowohl hier in der Heimat wie in Südwestafrika, vor allem der Gouverneur und der Truppenkommandeur, waren anfangs Dezember vorigen Jahres darüber einig, daß nach der augenblicklichen Kriegslage eine bedeutende Verminderung der Schutztruppe, und zwar bis auf 8000 Mann, durchführbar sei. Diese war auch bereits in der Ausführung begriffen. Eine weitere Verminderung bis auf 7000 Mann erschien ausführbar, sobald die Bahn von Kubub bis Keetmanshoop weiter gebaut sei, wodurch rund 1000, bisher zur Bedeckung der Transporte erforderlichen Mannschaften entbehrlich würden. Eine weitergehende Herabsetzung konnte aber damals für einen bestimmten Zeitpunkt noch nicht zugestanden werden; sie mußte vielmehr von dem Gang der Ereignisse abhängig gemacht werden. Ausdrücklich und wiederholt wurde aber von den Regierungsvertretern in der Budgetkommission erklärt, daß niemand ein Interesse daran habe, wenn ein Mann mehr in der Kolonie festgehalten werde, als durchaus nötig sei. Es wurde auf das bestimmteste zugesichert, daß sofort mit einer weiteren Verminderung der Schutztruppe begonnen würde, sobald es die Lage ermögliche. Es wurde aber auch zugleich der Beweis erbracht, daß dies zurzeit noch nicht der Fall sei.

Dieser Beweis brauche hier nicht noch einmal in voller Ausführlichkeit wiederholt zu werden. Es sei nur daran erinnert, daß die

Sicherung des Hererolandes

noch immer beträchtliche Kräfte in Anspruch nahm, daß ferner ein stärkerer Teil der Truppe zur Besetzung der Etappenstationen, Magazine und Wasserstellen, zur Bedeckung der Transporte, zum Schutz der Farmen, zur Absperrung der Grenze erforderlich war. Es waren außerdem alle zu technischen Zwecken, zur Bedienung und Sicherung der Telegraphen- und Lichtsignallinien, die bei der in Ausführung begriffenen kartographischen Aufnahme des Landes beschäftigten Offiziere und Mannschaften, sowie die als Eisenbahnbau- und Betriebstruppe verwendeten Leute und schließlich auch die in den Lazaretten befindlichen Kranken und Verwundeten, sowie das Sanitätspersonal von der Gefechtsstärke in Abrechnung zu bringen. Danach blieb als kämpfende Truppe nur ein verhältnismäßig geringer Teil übrig. Alles dies wurde gründlich dargelegt und daran die Erklärung geknüpft, daß man, um einen Mann an den Feind zu bringen, vier Mann in die Kolonie schicken müsse.

Von keiner Seite konnten hiergegen in den Kommissionsverhandlungen überzeugende sachliche Einwendungen gemacht werden. Man hätte glauben sollen, daß der Ruf:

„Wozu 8000 Mann gegen 300 Feinde?"

nun endlich verstummen würde, und daß auch der in solchen Dingen jämmerlich Unerfahrene hätte einsehen müssen, warum wir im Gefecht selbst immer nur eine verhältnismäßig so geringe Stärke dem Feinde gegenüberstellen konnten.

Der Feind

war gut beritten, flüchtig und beweglich, ein vortrefflicher Schütze, unternehmend, gewandt und gut geführt. Ueberraschend tauchte er auf und verschwand, ehe er gefaßt werden konnte. Gelang es aber einmal, ihn zu erreichen, so zerstreute sich die Bande in die zahlreichen Schlupfwinkel des außerordentlich schwierigen Geländes, um später an anderer Stelle sich wieder zu sammeln. Dabei lebte der Gegner von dem, was er uns raubte, und fand jenseits der Grenze in der Kapkolonie Gelegenheit, das geraubte Vieh gegen Waffen und Munition umzutauschen. Dorthin, wo die zahlreichen Stammesangehörigen saßen, kehrten auch die Kriegsmüden zurück; von dort aus begaben sich an deren Stelle andere Kriegsleute frisch, gut genährt, bekleidet und bewaffnet, auf den Kriegsschauplatz zurück. So bildete das Gebiet der Kapkolonie, für unsere Truppen unerreichbar, ein gesichertes Depot, aus dem sich die Gegner materiell und personell dauernd ergänzten.

Es war nur

ein Kleinkrieg,

aber ein äußerst schwieriger und gefährlicher, den wir zu bestehen hatten, den wir aber unter allen Umständen beenden mußten, wenn wir uns nicht um die Früchte des jahrelangen Feldzuges bringen wollten.

Ueber die

Stärke des Feindes

schwankten naturgemäß die Angaben beträchtlich. Man sprach mit einiger Sicherheit von 300 Gewehren, die uns unmittelbar gegenüberstanden, und von vielleicht 600 waffenfähigen Männern, die jenseits der Grenze sich aufhielten. Auf die Zahl 300 kam es hierbei wenig an, denn die Verluste des Gegners waren stets schnell zu ersetzen. Wir kämpften mit einem Feinde, der nach allen Verlusten immer wieder in derselben Stärke uns gegenübertrat.

So war die Lage anfangs Dezember.

Wie konnte die Regierung unter diesen Umständen außer der bereits zugesagten beträchtlichen Verminderung auf den ganz unhaltbaren

ersten Zentrumsvorschlag

eingehen, die Gesamtstärke der Truppen vom 1. April 1907 ab auf 2500 Mann herabzusetzen? Dieser Vorschlag war bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt unausführbar, wenn man die weite Ausdehnung des Schutzgebietes, die erforderlichen Verschiebungen der Truppe, ihre Bereitstellung zum Abtransport und die sonstigen Vorbereitungen zu diesem Transport berücksichtigt. Und hätte man versucht, ihn durchzuführen, so hätte man mit einem Schlage den Feldzug aufgegeben, wäre dem Truppenführer in den erhobenen Arm gefallen und stand vor dem drohenden Verlust des Südens unserer mit so viel Blut behaupteten Kolonie! Ehre und Ansehen unserer Armee, Ehre und Ansehen des Deutschen Reiches standen auf dem Spiel. Wer hätte zu solchem Unternehmen die Hand bieten können?

An dieser Sachlage änderte der

zweite Zentrumsvorschlag

nichts. Nachdem man sich von der Unausführbarkeit des ersten Entwurfes hatte überzeugen müssen, verlangte man, daß bis zum 31. März 1907 die Vorbereitungen getroffen werden müßten, um die Gesamtzahl der Schutztruppe bis auf 2500 Mann zu vermindern.

„Die Vorbereitungen zur Verminderung treffen", — ein dunkler Begriff!

Wann sollte denn vermindert werden?

Wenn aber die Vorbereitungen bis bis Ende März getroffen sein sollten, so mußte man, wie schon nachgewiesen worden ist, sofort damit beginnen, und schon im Januar, Februar und März die Truppen weit aus dem Innern und vor der Front des Feindes weg nach der Küste ziehen, um sie im April oder Mai zum Transport an der Küste bereitzuhalten. Die Wirkung wäre genau die gleiche gewesen, wie bei dem ersten Entwurf. Es war nur eine

Verdunkelung des Tatbestandes,

eine Verschleierung der wahren Absichten, die in dieser Fassung lagen.

Welches waren die Gründe, die man gegen die Regierung vorgebracht? Man möge es doch einmal versuchen mit diesen 2500 Mann, so hieß es in den Kommissionsverhandlungen; es würde schon gehen. Wenn nun daraufhin der Aufstand von neuem entflammte? Nun, dann könne man ja wieder mehr Truppen hinausschicken! Kann jemals eine Regierung, kann je eine militärische Leitung sich auf solche Versuche einlassen? Sie würden sich eines Verbrechens schuldig machen.

Zur Verteuerung der Eisenbahn.

Die „Leipziger Zeitung" hat sich vor kurzem in einem längeren Artikel mit der Personentarifreform beschäftigt und der Verfasser, den wir wohl in Dresden suchen dürften (wenigstens sind die Beispiele sämtlich für Dresden gewählt), hat auch mehrfach auf unseren Artikel vom 30. Dezember Bezug genommen.

Wir nehmen daraus Anlaß, nochmals auf diese wichtige Frage einzugehen. Vorausschicken wollen wir, daß, was unseren grundsätzlichen Standpunkt anbetrifft, wir uns mit einer Verteuerung des Verkehrs nicht befreunden können, sie sei denn dringend geboten aus Rücksichten auf das gesamte Staatswohl. Hier ist dringendes Interesse haben wir bei der Fahrkartensteuer nicht anzuerkennen vermocht, weil sich unserer Ansicht nach andere Steuerobjekte geboten hätten, und wir können es nicht anerkennen bei der jetzigen Personentarifreform.

Zunächst eins: Hat sich im Publikum auch nur im geringsten der Wunsch kundgegeben, daß die Rückfahrkarten aufgehoben werden möchten? Nein. Hat sich weiter der Reisende, der sein Gepäck mitführte, beklagt über den andern, dem Freigepäck gewährt wurde? Wieder nein. Und warum

SLUB
Wir führen Wissen.